

**PROJEKT**

**ZUKUNFT**



**ANFORDERUNGEN  
AN DIE  
INDUSTRIEPOLITIK  
2030 + FÜR DEN  
CHEMIESTANDORT  
DEUTSCHLAND  
UND EUROPA**

# 12 FORDERUNGEN FÜR DIE SMARTE TRANSFORMATION



1. Transformationsfonds für Deutschland und Europa
2. Europäischen Beihilfe-Rahmen für die Transformation öffnen
3. Rohstoff-Versorgung unserer Industrie sichern
4. Emissionshandel durch CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich ersetzen
5. Verlässliche Energieversorgung für die Industrie
6. Handelspolitik an die neue Weltlage anpassen
7. Standorterhalt zur Bedingung von staatlicher Unterstützung machen
8. Fachkräfteangebot sichern und Mitbestimmung ausweiten
9. Planungs- und Genehmigungsverfahren auch für die Industrie beschleunigen
10. Industrielle Verbände und Cluster stärken
11. Artenvielfalt schützen und Biodiversität nutzen
12. Industriepolitischen Instrumentenkasten kreativ erweitern

Der Wirtschaftsstandort Deutschland befindet sich zu Beginn des Jahres 2023 am Scheideweg: Haben wir den Mut und die Power, um die notwendigen Investitionen in die Transformation anzupacken – oder stehen wir am Beginn einer schleichenden Deindustrialisierung?

In diesen unsicheren Zeiten fordern die Beschäftigten zurecht den großen Wurf: Die klimagerechte Modernisierung ihrer Standorte, verbunden mit der langfristigen Sicherung von guten Arbeitsplätzen. Um das zu erreichen, muss sich Deutschland jetzt aber endlich den vielzitierten Ruck in Sachen Transformation und aktiver Industriepolitik geben. Wir sind uns bewusst, dass die Industrie im Vergleich zu anderen Sektoren schon viel CO<sub>2</sub>-Einsparung geschafft hat - aber die notwendigen Modernisierungen blieben dabei vielerorts auf der Strecke. Das gemeinsame Ziel muss es daher sein, internationaler Vorreiter für die smarte Transformation zu werden: bei der Energieversorgung, der industriellen Produktion mit innovativen und klimaschonenden Technologien und am Ende natürlich auch mit motivierten und gut ausgebildeten Beschäftigten.

muss eine europäische Strategie sein. Europa hat in den vergangenen Jahrzehnten ganze Produktionsbereiche abwandern lassen – und zahlt dafür aktuell einen hohen Preis. Es braucht daher mehr Vernetzung unter den europäischen Partnern – ein koordiniertes miteinander, kein wildes gegeneinander. Dafür brauchen wir politische Investitions- und Innovationsstrategien. Wir benötigen kluge Verbände und Cluster für Industriefelder, in denen Europa stark ist, um sie international wieder an die Spitze zu führen. Es braucht den massiven Einsatz von Mitteln und den unbedingten Willen, die notwendigen Reformen beim Wettbewerbs- und Beihilferecht anzuschieben und umzusetzen.

## **Jetzt gilt: klotzen statt kleckern!**

Kurz gesagt: Europa braucht einen eigenen IRA – einen Industry Recovery Act und verlässliche Partnerschaften und fairen Handel in der Welt.

# 1. INVESTITIONEN ANREIZEN: EIN NEUER TRANSFORMATIONS- FONDS! TURBO FÜR PRODUKTIONS- STANDORTE UND LEITMÄRKTE

## #Starker Industriestandort mit Europa

Es müssen jetzt die richtigen Rahmenbedingungen für Investitionen der Unternehmen in ihre europäischen Standorte geschaffen werden. Dabei geht es zum einen um die Erneuerung bestehender Standorte: Hier werden sich Produkte und Prozesse im Rahmen der Transformation verändern. Zum anderen geht es um Neues: Es braucht den gezielten Aufbau neuer Strukturen, neuer Prozesse und neuer Technologien. Europa muss zum attraktiven Standort für Innovationen in den Zukunftsbereichen wie Halbleiter-, Batterie- und Biotechnologie, Elektrolyseure werden – vor allem mit einer nachhaltigen Produktion.

So bleiben Industriearbeitsplätze erhalten, die den Wohlstand der Beschäftigten und ihrer Familien sichern. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen diese Branchen identifizieren, die essenziell für die Transformation der Wirtschaft sind. Ziel muss der Erhalt bzw. (Wieder-) Aufbau möglichst geschlossener Wertschöpfungsketten sein. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass die Produktion einzelner Teile der Wertschöpfungskette in Europa immer weniger rentabel werden. Vor diesem Hintergrund muss eine solche Produktion mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden,

analog zu CO<sub>2</sub>-Differenzkontrakten (Carbon Contracts for Difference).

Dabei sollte die Treibhausgasminderung nicht das einzige Ziel sein. Es sollte ergänzt werden um folgende Punkte: das mögliche Etablieren zusammenhängender Wertschöpfung für Transformationstechnologien im europäischen Binnenmarkt und den Standorterhalt. Dafür sollte die EU einen neuen Fonds aufsetzen: Den „Fund for Industrial Transformation in Europe (FIT EU)“, der etwa das Instrument der IPCEI öffnet und erweitert und eine europäische Finanzierung der Transformation sichert. Es bedarf insgesamt eines neuen Innovationsumfelds in Europa, um neue Produkte und Prozesse zu etablieren. Dazu zählen eine verbesserte Forschungsförderung, Reallabore und eine umfassendere Bereitstellung von Risikokapital.

Auch die Europäische Investitionsbank muss aktiver werden und Transformationstechnologien stärker fördern, beispielsweise über deutliche Zinserleichterungen bei der Bereitstellung von Kapital.

All diese Maßnahmen werden auch der Transformation in Deutschland Rückenwind geben. Auf nationaler Ebene braucht es die Absicherung von Risikokapital etwa über Bürgschaften, erleichterte steuerliche Abschreibungsregeln für Investitionen in die Transformation und direkte finanzielle Investitionsunterstützung, etwa über einen umfassend ausgestatteten Transformationsfonds. Diese ermöglicht auch die Beteiligung an Unternehmen, um Investitionen in die Transformation zu unterstützen und zu beschleunigen.

## 2. ENTLASTUNG, FÖRDERUNG & NEUANSIEDLUNG NICHT ABWÜRGEN: NEUSTRUKTURIERUNG DES EU-BEIHILFE- RAHMENS

Das europäische Wettbewerbsrecht darf nicht dazu führen, das Europa als Ganzes im Wettbewerb zurückfällt. Die Ideale des freien und fairen Wettbewerbs und Binnenmarkts nützen nichts, wenn andere Regionen auf der Welt diesen Spielregeln nicht folgen. In der aktuellen Krise wird das noch einmal deutlich: Das europäische Wettbewerbs- und Beihilferecht muss grundlegend reformiert werden.

Mitgliedstaaten müssen deutlich mehr Möglichkeiten erhalten, Industrien regulatorisch und finanziell zu unterstützen bei – (Neu-)Investitionen aber auch bei laufenden Kosten. So muss etwa das Instrument der IPCEI vereinfacht werden. Es muss auch für kleine und mittlere Unternehmen geöffnet und auf alle strategischen Transformationsbranchen ausgeweitet werden. Um dem möglichen Wettbewerbsnachteil von finanzschwächeren Mitgliedstaaten zu begegnen, müssen zusätzliche europäische Gelder mobilisiert werden (Transformationsfonds, nicht abgerufene Mittel aus NextGenerationEU, neuer Fund for Industrial Transformation).

## 3. UMGANG MIT & ZUGANG ZU ROHSTOFFEN: DIVERSIFIZIEREN, WIEDER VERWENDEN UND KLUG NUTZEN

Die deutsche Chemieindustrie verwendet jährlich ca. 21,5 Mio. Tonnen Erdöldestillat – sogenanntes Naphtha. Es ist die Basis für fast alle Kunststoffe und hochwertigen Polymerstoffe, von der Autotür bis zur Kanülenverpackung.

Da Naphtha auch mit CO<sub>2</sub> und Wasserstoff synthetisiert werden kann, erhöht sich der Wasserstoffbedarf bis zur Treibhausgasneutralität 2045 um ein Vielfaches auf nahezu 7 Mio. Tonnen pro Jahr. Die Alternativen zu synthetischem Naphtha aus deutscher oder europäischer Produktion sind Verfahren mit CO<sub>2</sub>-Abschneidung und -Speicherung bzw. Nutzung (CCSU).

Für den Erhalt des Chemiestandorts bieten sie gleichzeitig einen grundlegenden Beitrag zur Klimaneutralität und müssen gesellschaftlich und politisch diskutiert und ermöglicht werden – auch mit den entsprechenden Genehmigungsverfahren und Infrastrukturen. Dasselbe gilt für die Stärkung des Kreislaufansatzes: sowohl die Schließung des CO<sub>2</sub>-Kreislaufs in der Produktion sowie das chemische und das enzymische Recycling als ergänzende Recyclingverfahren sollten technologieoffen im Fokus sein. Gleichzeitig müssen die Bremsen für die Grüne Chemie gelöst werden – über eine kluge Nutzung des Biomassepotentials zur Rohstoffversorgung.

Über biotechnologische Verfahren geht es dabei zukünftig um die (Neu-)Ausrichtung und Erweiterung der Rohstoffversorgung. Da Biomasse begrenzt vorhanden ist, sollte die nationale Biomassestrategie und Förderregime bei der Nutzung die Priorität stärker auf die Chemie-, Pharma- und Lebensmittelindustrie setzen.

Weitere wichtige und grundlegende Rohstoffe müssen strategisch erfasst, ihr Bezug diversifiziert und möglichst innereuropäisch (wieder) genutzt werden. Dazu gehören neben seltenen Erden auch seltene Gase, die vor allem in der Grundstoff-Chemie und nachgelagerten Wertschöpfungsindustrien (hier etwa Halbleiter) eine wichtige Rolle spielen. Entsprechend sollte die europäische Rohstoffstrategie kontinuierlich an die wachsenden Anforderungen von strategischer Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit angepasst werden.

Spotlight REACH: Die Chemikalienstrategie der EU ist Teil des europäischen „Green Deals“ und beinhaltet die Überarbeitung und teilweise Verschärfung der Chemikaliengesetzgebung. Hier muss mit Blick auf die Chemieindustrie in Deutschland und Europa ein besonderer Fokus gelegt werden, denn sie umfasst teils problematische Ansätze: die geplante Einführung eines generischen Ansatzes ohne Berücksichtigung der sicheren Verwendung bei der Bewertung von Stoffen, der Abkehr von ihrer wissenschaftlichen Bewertung sowie neue, allerdings nach wie vor unklare Definitionen (Essential Use, Safe and Sustainable by Design) und neue Gefahrenklassen. Vor dem Hintergrund, dass ca. 95% aller Produkte auf chemischen Stoffen und Prozessen beruhen, kann eine falsche Ausgestaltung der neuen Gesetzgebung zu einem Verlust der Chemikalien- und Produktvielfalt in Europa und erhöhter Abhängigkeit von anderen Weltregionen bei dem Hochlauf klimaneutraler Technologien führen. Wir fordern

eine Chemikalienstrategie die verhältnismäßig, effizient und praktikabel ist und den Einsatz von Chemikalien wie bisher ermöglicht. Unser Ansatz beruht auf nationalen Folgenabschätzungen in enger Abstimmung mit dem europäischen Transition Pathway für die chemische Industrie.

## 4. SCHUTZMECHANISMEN FÜR LEITMÄRKTE EINFACH GESTALTEN, KONKRET ANWENDEN: INTEGRATION BZW. ABLÖSEN VON ETS DURCH CBAM

Europa braucht Leitmärkte, Clusterpolitik und starke Verbundstrukturen. Die identifizierten Leit- bzw. Transformationsbranchen müssen Eingang finden in eine Industriestrategie, deren Aufbau und das mittelfristige Bestehen besonders geschützt werden. Dies sollte nicht nur Endprodukte (z.B. Elektrofahrzeuge) beinhalten, sondern auch benötigte Wertschöpfungsnetzwerke (z.B. Kathodenmaterial, Batteriezelle, Chips etc.). Ziel muss es sein, strategische Industrie-Ökosysteme in Europa zu etablieren. Hierfür braucht es finanzielle Anreize bei der Ansiedlung, Ausgleich höherer Betriebskosten, aber auch regulatorische Maßnahmen, beispielsweise eine Vereinfachung des Rechts außerhalb europäische Übernahmen in den definierten Branchen zu untersagen.

Die schrittweise Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzmechanismus (CBAM) muss kritisch

begleitet werden, damit die europäische Industrie keine Wettbewerbsnachteile im internationalen Vergleich hat. Das System sollte erweitert werden um eine WTO-konforme Komponente, die Anreize schafft, europäische Vorprodukte und Komponenten zu verarbeiten: Die nachweisliche Verwendung in Europa gefertigter, klimafreundlicher Komponenten könnte etwa an die Unternehmen rückvergütet werden. Die Rückvergütung könnte aus den CBAM-Einnahmen finanziert werden, sodass europäische Unternehmen auch finanziell von der Einführung des CBAM profitieren. Neben dem gesteigerten Anreiz, europäische Produkte zu verwenden und die heimische Industrie nach dem Prinzip ‚In Europa für Europa‘ zu unterstützen, ergibt sich durch wegfallende Transporte auch ein positiver Klimateffekt.

## 5. ENERGIE BEZAHLBAR & PLANBAR MACHEN: STROMMARKT AUF TRANSFORMATION ZUSCHNEIDEN UND ZU EINEM EUROPÄISCHEN ENERGIEMARKT AUSBAUEN

In der chemischen Industrie stehen die großen Investitionsentscheidungen für die Zukunft in den 30er-Jahren an. Davor müssen der entsprechende H2-Markthochlauf und die Energiewende in weiten Teilen bereits erfolgt sein. Schließlich wird der Energiebedarf einer klimaneutralen Chemie schätzungs-

weise bis zu 528 Terrawattstunden (Strom) und bis zu 235 TWh (H2) betragen. Zur Einordnung: Damit würde allein die Chemie in Deutschland mehr Strom benötigen, als ganze Land 2021 verbraucht hat!

Schon in 2030 kann die industrielle Nachfrage nach erneuerbarem Strom und grünen Wasserstoff das Angebot bei weitem übersteigen. Daher braucht es endlich den schnellen Hochlauf der entsprechend nötigen Technologien. Blauer Wasserstoff (hergestellt aus Erdgas und treibhausgasneutral durch CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung bzw. -Nutzung) ist dabei eine wichtige Brücke zur Erreichung der erforderlichen Mengen, wie auch H<sub>2</sub>-ready Erdgaskraftwerke, die letztlich einen Beitrag zur Netzstabilität leisten.

Die regulatorischen Rahmenbedingungen für die Transformation des europäischen Energiemarkts sind ebenfalls anzupassen, insbesondere vom Strommarkt, um die Umstellung auf elektrifizierte Produktionsverfahren anzureizen. Eine Reform des Strommarktdesigns in europäischer Dimension muss die Einführung eines bestenfalls europäischen Industriestrompreises auch im Übergang über doppelseitige Differenzkontrakte (CfDs) eröffnen. Diese sollten so lange technologieoffen ausgestaltet sein und als „Brücke“ fungieren bis der Ausbau der Erneuerbaren Energien den industriellen Strombedarf vollständig decken kann. Im Übergang kann dadurch kurzfristig ein Anreizmechanismus für die Errichtung und Betrieb von H<sub>2</sub>-Ready Gaskraftwerken geschaffen werden. Insgesamt muss Europa in der Neuordnung des Energiemarktes die gemeinsamen Stärken, auch im geplanten Wettbewerb, bündeln und letztlich dem Ziel einer Energieunion näherkommen: Dazu gehört u.a. der bessere Austausch (Interkonnektoren, H<sub>2</sub>-Ready-Pipelines) und der gemeinsame Einkauf (hier v.a. Gas).

## 6. NEUE GEPOLITIK UND INTERNATIONALER HANDEL

Die geopolitische Lage hat sich mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine radikal verändert. Alte Gewissheiten gehören strategisch hinterfragt, um standortgefährdende, aber auch sicherheitsrelevante Abhängigkeiten zu reduzieren. Mehr Diversifizierung: Es braucht den Aufbau neuer Partnerschaften, vor allem im Schulterschluss mit anderen Demokratien. So kann – nach festen Regeln – statt De-Globalisierung, die Re-Globalisierung kommen. Handelsabkommen sind ein wichtiger Meilenstein, denn verlässliche wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel bleiben in der Zeitenwende wichtig. Sie sollten faire Handels- und Arbeitsregeln umfassen und Lohn- und Klimadumping entgegenwirken. Die Ratifizierung von CETA ist ein wichtiger Schritt, auch das Mercosur-Abkommen muss kommen.

Der IRA in den USA fordert Europa heraus, ist aber industrie-, klima-, und sozialpolitisch zugleich ambitioniert und politisch richtig. Wäre es jetzt nicht an der Zeit, über ein neues Freihandelsabkommen mit den USA nachzudenken – oder sogar gleich über eine transatlantische Freihandelszone? Dabei böten sich Chancen, um von China unabhängiger zu werden, etwa bei Transformationstechnologien und Rohstoffen. Richtig ist auch die Initiative für einen Klimacub, um zwischen starken Partnern ein Level-Playing-Field für Transformationstechnologien und ihre (Vor-)Produkte zu schaffen. Gleichzeitig müssen die aktuellen globalen Handelsregeln, nämlich über die WTO-Mitgliedschaft, reformiert und angepasst werden.

## 7. AUF DEN PRÜFSTAND STELLEN: DIE EE- UND WASSERSTOFFZIELE & VERANTWORTUNG EINFORDERN: STAATLICH UNTERSTÜTZUNG AN STANDORTSICHERUNG UND TRANSFORMATION BINDEN

### **#Rahmen setzen: Chemieindustrie als Baustein der Transformation stärken**

Die chemisch-pharmazeutische Branche ist der Innovationsmotor der Industrie in Bezug auf die Erreichung der Ziele des Green Deals und kann maßgeblich zur Lösung von Zukunftsfragen in anderen großen und wichtigen Wirtschaftszweigen beitragen.

Um die Zukunftsfähigkeit der Chemiestandorte zu gewährleisten, bedarf es trotz der großen strukturellen Herausforderungen klare und stabile Perspektiven sowie finanzielle Sicherheit. Die Unternehmen müssen in der Lage sein, Investitionen in die Zukunft zu tätigen sowie nachhaltige und klimaneutrale Produktionsprozesse zu etablieren.

Dazu bedarf es staatlichen Handelns beim Ausbau der Infrastruktur und den Erneuerbaren Energien, sowie beim Hochlauf der Wasserstoffindustrie. Wichtig ist, dass die gesetz-

ten Ziele zur nachhaltigen Elektrifizierung von Industriestandorten und der Versorgung mit grünem Wasserstoff im gesellschaftspolitisch notwendigen Zeitrahmen erreicht werden. Dazu gehört auch die umfängliche und einfach verfügbare Unterstützung bei der Entwicklung und dem Einsatz nachhaltiger Technologien, die die Transformation von Unternehmen und Branchen fördert. Da die Unterstützung mithilfe von gesamtgesellschaftlichen Mitteln gewährleistet wird, ist dabei die Verknüpfung an Bedingungen zum Erhalt von Standorten und Arbeitsplätzen sowie an Weiterbildungsmaßnahmen zwingend notwendig. Eine Blaupause bietet dafür die Bedingungen zur Inanspruchnahme der Energiepreisbremsen in der aktuellen Energiekrise.

Der Standorterhalt sollte in der Regel durch eine Standort- und Transformationsvereinbarung zwischen Tarif- oder Betriebsparteien oder im paritätisch mitbestimmten Aufsichtsrat nachgewiesen werden. Für Unternehmen in denen keine Mitbestimmungsstrukturen existieren, bedarf es anderer Vereinbarungen, die in regelmäßigen Abständen evaluiert werden. Sollten die Bedingungen nicht erfüllt werden, sind die Unternehmen verpflichtet, die Förderung zurückzuerstatten.

## 8. GUTE ARBEIT STÄRKEN UND ARBEITNEHMER\*INNEN ALS GESTALTER\*INNEN DER TRANSFORMATION EMPOWERN: DEMOGRAFIE, FACHKRÄFTE, QUALIFIZIERUNG

Die Industrie ist in Deutschland und Europa eine zentrale Stütze des gesellschaftlichen Wohlstands, aber es sind vor allem die Beschäftigten, die diesen Wohlstand erwirtschaften und die Produktion auch in Krisenzeiten am Laufen halten. Produktion, innovative Produkte und Verfahren braucht es für eine gelingende Transformation – die mit der Industrie und den Beschäftigten vor Ort stattfindet. Daher braucht es nicht nur Fokus und Investitionen in Technik und Verfahren, sondern vor allem auch in die Menschen. Ihre Erfahrungen und Ideen müssen gehört und im Wandel eingebunden werden. Die betriebliche Mitbestimmung gehört gestärkt und ausgeweitet. Diese Partizipation ist in der Transformation auf verschiedenen Ebenen essentiell und darf nicht allein durch die Gewerkschaften getrieben werden.

Es braucht jetzt die Weiterentwicklung und den Push aus Wirtschaft und Politik. Die Reform des Betriebsverfassungsreform muss kommen. Transformationsräte und der digitale Zugang sind nur prominente Beispiele, die politische Unterstützung brauchen, um

die Transformation mit den Menschen zum Erfolg zu bringen. Hier schließen unweigerlich die Themen einer veränderten Altersstruktur in den Betrieben und Qualifizierung an: Der Massensexodus der Babyboomer hat begonnen, der Fachkräftebedarf gefährdet bereits jetzt die Umsetzung notwendiger Modernisierungen und Zukunftstechnologien. In naher Zukunft verlieren Unternehmen in Deutschland rund 25.000 bis 30.000 Menschen pro Jahr allein durch Rentenabgänge. Gleichzeitig ist die Weiterbildung in der Transformation in noch fast allen Unternehmen mangelhaft.

Zudem braucht es wieder den Fokus auf die duale Ausbildung und deren Attraktivität, auch und gerade in der stark auf Fachkräfte angewiesenen Chemie. Damit diese Gleichzeitigkeit in den Belegschaften nicht unmerkelt zu einer heftigen Ausbremsung der Transformation führt braucht es in den Unternehmen ein Umdenken und eine enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Politik, Arbeitsagentur und Bildungsinstitutionen. Viele Ideen liegen auf dem Tisch, sie müssen nun intelligent zu bedarfsgerechten Qualifizierungspaketen, Transformationsagenturen und Beschäftigungscluster in den Regionen entwickelt werden. Die Unternehmen müssen moderner, offener und weiblicher werden, in allen Beschäftigungsbereichen: Es braucht zentrale Anreizprogramme, die den Frauenanteil erhöhen (nicht nur Teilzeit), Beschäftigte gesund möglichst lange in Arbeit halten, Ungelernten den Zugang zu anspruchsvolleren Jobs ermöglichen und die gezielte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt fördern.

## **9. BESCHLEUNIGUNG PLANUNGS- UND GENEHMIGUNGS- VERFAHREN: IST HIER WIRKLICH ALLES GETAN? ES GEHT AUCH UM RESSOURCEN UND VEREINFACHUNG VON VERFAHREN FÜR NEUE INDUSTRIEANLAGEN**

Der Bau und die Inbetriebnahme der ersten LNG-Terminals muss der neue Standard bei Planungs- und Genehmigungsverfahren werden. Das darf sich ausdrücklich nicht nur auf Infrastrukturmaßnahmen beziehen, sondern muss auch die Investitionen in neue Industrieanlagen entfesseln. Hier sind Klimaschutz und Transformation für den Arbeitsplatz- und Standorterhalt legitime Begründungen für die neue ‚Deutschlandgeschwindigkeit‘. Gleichzeitig muss die Personalausstattung in den zuständigen Behörden verbessert, Verfahren vereinheitlicht und Prozesse digitalisiert werden.

So kann die Verwaltung auch entlastet und effizienter werden: Es braucht zentrale Instanzen, die sich ausschließlich mit der Genehmigung von Transformationsvorhaben befassen. Entschlackt werden die Verfahren, wenn die Anträge nur digital einzureichen sind und maximal drei Gutachten zu Natur-, Umwelt-, Artenschutz etc. erstellt werden. Das Beteiligungs- und Klagerecht

der Öffentlichkeit bleibt erhalten, muss aber vor allem zeitlich reduziert werden. Ein Antrag, der nach drei Monaten nicht abgelehnt ist und gegen den keine Beschwerden oder Verfahren vorliegen, sollte automatisch als bewilligt gelten. Angedockt an die neuen Instanzen sind „Springer-Teams“ die dort unterstützen, wo kommunale Entscheidungen gefragt sind und so das Know-How vor Ort früh mit einbeziehen.

## 10. VERBÜNDE UND CLUSTER IN DEN REGIONEN STÄRKEN, KONKRETE INFRASTRUKTUREN AUFBAUEN

Cluster und Verbundstrukturen – auch Kreislaufverfahren – liegen in der DNA der chemischen Industrie. Damit eng verknüpft ist die möglichst effiziente Nutzung von Rohstoffen, mit der viel CO<sub>2</sub>-Einsparung erreicht werden konnte. Um vor allem Potentiale der Abwärmenutzung und Kreislaufführung im Sinne der Transformation zu verbessern und zu erschließen, braucht die Branche auch die adäquate Infrastruktur. Der zwingend benötigte transeuropäische Ausbau von Stromnetzen, leitungsgebundener Gasinfrastruktur, eines Wasserstoff- sowie eines CO<sub>2</sub>-Netzes muss so gestaltet werden, dass bestehende Cluster effizient versorgt werden. Außerdem können neue Cluster entstehen. Die Politik ist gefordert, die Neuansiedlung an strategisch geeigneten Standorten regulatorisch und finanziell zu fördern. Schnelle Planungs-, Genehmigungs- und Normie-

rungsverfahren, insbesondere aber auch eine verlässliche Regionalplanung und Transformation von industriellen Strukturen sind nötig.

Auch hier müssen wir europäisch Denken und Handeln: Wir müssen eine Umrüstung heimischer Infrastruktur mit europäischen Verbindungswegen, etwa Häfen und Pipelinesystemen in Nachbarstaaten zu einem nachhaltigen Netzwerk entwickeln. Die Ideen, etwa in den Niederlanden, liegen auf dem Tisch – erste Netze (CO<sub>2</sub>) werden dort bereits gebaut. Daher wird etwa der Bau neuer leitungsgebundener Infrastruktur zu möglichen Export- oder Lagerstätten von Nöten sein. Ziel ist, in den Regionen Infrastrukturen bzw. neue Industriecenter zu fördern und diese klug miteinander zu verknüpfen. Infrastrukturprojekte, wie die hier genannten, sind keine Selbstläufer: Es braucht jetzt den politischen Mut, sich öffentlich zu dieser Notwendigkeit für die Transformation zu bekennen – auch im Schulterschluss mit Gewerkschaften, NGOs und Industrie. Der gesellschaftliche Diskurs muss jetzt gesucht und gestartet werden.

## 11. CHEMIEINDUSTRIE UND BIODIVERSITÄT: REGULIERUNGEN MITGESTALTEN – CHANCEN NUTZEN UND ERHALTEN.

Die Biodiversität ist neben dem Klimaschutz eine der wichtigsten Herausforderungen geworden. Das wurde spätestens durch die

Covid19-Pandemie deutlich. Der Schutz der Artenvielfalt wird immer mehr zu einem wichtigen Kriterium auch für die chemische Industrie, um weitere Roh-, Inhalts-, und Wirkstoffe finden und nutzen zu können. Die Sicherung der Biodiversität stellt damit auch eine Sicherung von Potentialen wirtschaftlicher Entwicklung dar.

Auf der Weltnaturkonferenz in Montreal hat sich im Dezember 2022 die internationale Staatengemeinschaft auf gemeinsame Ziele geeinigt, um den weiteren Verfall der Biodiversität zu verhindern. So soll etwa der Eintrag von Düngemittelüberschüssen, Pestiziden und gefährlichen Chemikalien bis 2023 halbiert werden. Zudem wurde konkret festgehalten, wie diese Ziele umgesetzt und kontrolliert werden sollen. Deutschland will diese Ziele in einer neuen Biodiversitätsstrategie noch in 2023 umsetzen, auch auf EU-Ebene gibt es bereits eine solche Strategie.

Die Unternehmen in unseren Branchen, vor allem die chemische- und pharmazeutische Industrie, sind wichtige Adressaten und müssen bereits über die Neuordnung des REACH-Rahmens ihre Produkte entlang der Maxime „Do no Harm“ überprüfen und ausrichten. Die IGBCE wird darum die Diskussionen um die Umsetzung der Beschlüsse von Montreal begleiten, im Austausch eigene Positionen entwickeln und sich aktiv an der Gestaltung der notwendigen Regulierungen beteiligen.

## 12. INSTRUMENTEN- KASTEN KREATIV ERWEITERN UND AN ZUKÜNFTIGE ANFORDERUNGEN ANPASSEN

Wir müssen den industriepolitischen Instrumentenkasten besser verzahnen und – ob der Krise und der nötigen Beschleunigung – überdenken. Ein wichtiges Instrument in der Transformation bilden Klimaschutzverträge (CCfDs), um den Aufbau von grünen Leitmärkten zu unterstützen und die im Übergang anfangs erhöhten Produktionskosten inkl. Energiekosten auszugleichen. Die weiterhin hohen Energiekosten gefährden nicht nur die Transformation der Chemie, sondern ganze Standorte. Daher fordern wir eine Ausweitung und kohärente Anwendung des Prinzips der Differenzkontrakte auch über das Instrument der Klimaschutzverträge. Die kurzfristig zu schaffende und bezahlbare Brücke ist ein echter Industriestrompreis. Dann, wenn die Energiepreisbremsen nach 2024 auslaufen, muss er technologieoffen, flächendeckend und international wettbewerbsfähig gestaltet sein und nahtlos einsetzen.

Produktionsschritte der Grundstoffchemie und darüber hinaus drohen verlagert zu werden, so dass grundlegende Wertschöpfungsketten gänzlich und unwiderruflich verlorengehen könnten. Deshalb setzen wir strategisch auch auf ordnungspolitische Instrumente: Über die öffentliche Beschaffung hinaus sollen bei allen öffentlich geförderten Maßnahmen und Ausschreibungen europäische Mindestproduktionsanteile entlang

der gesamten Produktions- und Wertschöpfungsketten vorgeschrieben sein. Diese sollte bis 2030 ansteigend sein, um eine strategische Autonomie und Mindestmaß an Versorgung- und Lieferkettensicherheit zu gewährleisten (u.a. Medikamente, Photovoltaik, Halbleiter, Batterie).

Nachhaltigkeit umfassend gewährleisten: In der Ausgestaltung der Instrumente sollte über das Kriterium ökologischer Gegenleistungen hinaus, auch das Kriterium des Standorts- und Beschäftigtererhalts auf nationaler wie europäischer Ebene geknüpft werden. Entsprechend ist darauf hinzuwirken, dass Prinzip entlang der Produktionsketten mit Blick auf die Lieferkettenverantwortlichkeit zu etablieren.

## GLOSSAR

**CBAM** Der CO<sub>2</sub>-Grenzmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism) belegt Produkte, die außerhalb der EU produziert werden, mit den gleichen Kosten für CO<sub>2</sub>-Emissionen, die europäische Unternehmen über Emissionszertifikate bezahlen müssen. Dadurch werden Wettbewerbsnachteile von Produzenten in der EU ausgeglichen.

**CCfD** CO<sub>2</sub>-Differenzkontrakte (Carbon Contracts for Difference) sind Verträge zwischen Staat und Unternehmen, die die Mehrkosten von klimaneutralen Produktionstechnologien gegenüber den Kosten herkömmlicher Technologien (einschließlich Emissionszertifikate) ausgleichen.

**CCSU** CO<sub>2</sub>-Abschneidung und -Speicherung bzw. Nutzung (Carbon Capture and Storage / CCS bzw. Carbon Capture and Usage / CCU).

**CETA** Das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement) ist ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada.

**CfDs** Differenzkontrakte (Contracts for Difference) für Erneuerbare Energieerzeugung sichern Kraftwerksbetreiber und Verbraucher gegen Strompreisschwankungen ab.

**ETS** Das EU-Emissionshandelssystem (European Union Emissions Trading System) ist ein System für den Handel mit Emissionszertifikaten für Treibhausgase.

**Green Deal** Der Europäische Grüne Deal ist ein Konzept mit dem Ziel, die Netto-Emissionen von Treibhausgasen bis 2050 die auf null zu reduzieren.

**IPCEI** Wichtige Projekte von gemeinsamem europäischen Interesse (Important Projects of Common European Interest) werden über IPCEI-Programme der EU gefördert. Die Projekte müssen ehrgeizige Ziele in Bezug auf Forschung und Innovation erfüllen und grenzüberschreitende Bedeutung in der EU haben. IPCEI gibt es bisher zum Beispiel für die Bereiche Batteriezellen und Wasserstoff.

**IRA** Das Inflations-Bekämpfungsgesetz (Inflation Reduction Act) ist ein US-amerikanisches Gesetzespaket, das unter anderem in großem Umfang Finanzmittel für den klimagerechten Umbau der Industrie bereitstellt.

**LNG** Flüssiggas (Liquid Natural Gas) ist verflüssigtes Erdgas, das auf dem Seeweg importiert wird und in der Energiekrise den Gasimport über Pipelines aus Russland ersetzt.

**Mercosur** Der Gemeinsame Markt des Südens (Mercado Común del Sur) ist eine internationale Wirtschaftsorganisation in Lateinamerika. Die EU-verhandelt seit langem über ein Freihandelsabkommen mit Mercosur.

**REACH** EU-Chemikalienverordnung von 2007 (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals / Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien)

**WTO** Die Welthandelsorganisation (World Trade Organization) regelt die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Staaten.